

181/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Kraft, Dengg und Genossen an den Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend das Verbot der Kohlenförderung durch Studenten der Grazer Universität.

Die Studenten der Grazer Universität und Technik erbaten sich, freiwillig Kohlenförderungsarbeiten zu leisten, um den ungehinderten Verlauf der Vorlesungen zu ermöglichen. Tatsächlich förderten sie Sonntag den 26. Oktober 36 Waggons Kohle, verladen sie und wollten die künftigen Sonntage dazu benutzen, um weiter Brennmaterial zu sichern. Kaum war das Resultat der studentischen Arbeit bekannt, als mit stamenswerter, nicht immer amtsüblicher Schnelligkeit Ministerialrat Klob aus Ihrem Staatsamte in Graz erschien und nach einigen Verhandlungen die Kohlenarbeit der Studenten sistierte.

Die wahren Gründe dieses Verbotes zu ergründen, ist bisher noch niemand gelungen.

Mit der Begründung, daß die Kohlenförderung vorerst für die Allgemeinheit gesichert werden müsse, wurden Kohlen- und Industriearbeiter in aner kennenswerter Weise veranlaßt, jeden zweiten Sonntag Arbeitsschicht zu leisten.

Das Verbot der Studentenarbeit auf die übrigen Sonntage blieb jedoch mit der Begründung aufrecht, daß durch diese Arbeit ein Präjudiz geschaffen werde, wodurch sich jede Bevölkerungsgruppe anmaßen könne, nach ihrem Bedarf jeweils selbst Kohle zu schürfen. Die Unrichtigkeit dieser merkwürdigen Auffassung kann man nur verstehen, wenn man weiß, daß im alten bürokratischen Österreich zwei Zauberworte zum täglichen Gebrauche bereitstanden, sie hießen: „Präjudiz“ und „Kompetenz“.

War eine Sache nicht genehm, dann war entweder das Amt nicht „kompetent“ oder es wurde ein „Präjudiz“ befürchtet, waren aber maß-

gebende Kreise dafür, dann schwand diese Formel dahin wie Schnee im März.

Hier in Graz wird ein Präjudiz befürchtet, wenn Studenten, die vier bis fünf Studienjahre verloren haben, sich bemühen, rasch wieder werktätige Glieder der aufbauenden Gesellschaft zu werden.

Die Sistierungsmaßnahme hat dazu geführt, daß die Universität geschlossen werden muß, aber auch dazu, daß weite Bevölkerungskreise (gewiß mit Unrecht, aber es ist das für die Stimmung bezeichnend) in der Arbeitsverhinderung den Versuch sehen, die allgemeine Unzufriedenheit zu erhöhen, ja bis zum Aufruhr zu steigern.

Es muß noch bemerkt werden, daß zwischen den Studenten und Arbeitern das beste Einvernehmen herrschte und beide Teile bestrebt waren, sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen. Bei dieser Gelegenheit muß auch betont werden, daß auch andere Kreise sich erbötig machen (zum Beispiel Turner), Kohlenarbeit zu leisten, die aber nach der Auffassung Ihrer Sachbeamten jedenfalls abgelehnt werden wird.

Es ist begreiflich, daß sich dadurch der Glaube an die politischen Gründe der Produktionsdrosselung festigen wird, während heute doch auch ein Großteil der Bevölkerung der Meinung ist, daß die hier besprochene, vollständig unzeitgemäße Maßnahme nur auf die irrije Auffassung eines Beamten zurückzuführen ist.

Wir ersuchen Sie, geehrter Herr Staatssekretär, um möglichst gründliche Aufklärung dieser Angelegenheit.

Wedra.
Stocker.

Dr. Dinghofer.
Waber.
A. Müller-Guttenbrunn.

Dr. Schürff.
Rittinger.
Altenbacher.

Kraft.
Mlois Dengg.